

federführendes Amt:	Büro Kreistag
Antragssteller:	Fraktion FDP/BJA/BVFO
Datum:	12.05.2022

Beratungsfolge**Termin****Bemerkungen**

Ausschuss für Ländliche Entwicklung und Kreisentwicklung	05.05.2022	zur Kenntnis genommen 11/FDP/B-J-A/BVFO/2022
Kreisausschuss	25.05.2022	
Kreistag	01.06.2022	

Betreff:**Nahrungsgütererzeugung vor Energieerzeugung einordnen!****Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree hat die Brisanz der Frage der Flächennutzung zur Kenntnis genommen, wird in einer gesonderten Sitzung die aktuelle Entwicklung der Energiewirtschaft analysieren und auf eine sinnvolle Abwägung von Energiegewinnung und Nahrungsgütererzeugung hinwirken. Der Leitgedanke ist, dass für die Bebauung mit Energieanlagen zunächst einmal die ertragsschwächsten Flächen einer Gemeinde in Betracht gezogen werden sollten. Erst wenn diese ausgeschöpft sind, sollten andere Flächen einbezogen werden. Die bereits erstellten Handlungsempfehlungen für die Regionalplanung sind dementsprechend zu überarbeiten, und mit den Kommunen sind regelmäßig und ausreichend häufig Abstimmungen zur Umsetzung der den Flächeneinsatz für die Energiewirtschaft begrenzenden Handlungsempfehlungen zu führen. Die Kreisverwaltung entwickelt bzw. unterstützt die Etablierung eines Modellprojektes zur AgriPv im Landkreis Oder-Spree und erarbeitet Konzepte zur Übertragbarkeit der Ergebnisse in andere Regionen.

Begründung:

- Der Ausbau des Anlagenparks zur Nutzung regenerativer Energien ist zwar ein aus Sicht der Energieversorgung erstrebenswertes Ziel, treibt aber Verbrauch von Agrarflächen weiter in die Höhe: Der Flächenverbrauch durch Wirtschafts-, Siedlungs- und Verkehrsmaßnahmen beträgt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes derzeit 52 Hektar pro Tag (Durchschnitt der Jahre 2016-2019). Selbst in Regionen mit Bevölkerungsrückgang werden mehr Flächen neu versiegelt als entsiegelt. Das ist auch im LK Oder-Spree ein ernst zu nehmendes Problem.

- Verschärft wird dies durch die steigende Nachfrage nach Flächen für Photovoltaikanlagen. Investoren winken den Landbesitzern hier mit Jahrespachten von 1.500 – 2.000 €/ha. Solche Beträge kann die Landwirtschaft nicht erbringen, und das wird angesichts der aktuellen Kostenentwicklungen (Lohn + 15%, PSM + 50%, Diesel u. Futter +100%, Dünger +300%) auch so bleiben. Geht es also allein nach den Gesetzen der Marktwirtschaft, werden bald erhebliche Flächen für die Energiegewinnung eingesetzt und der Nahrungserzeugung entzogen.

.....
Klaus Losensky
Vorsitzender Fraktion FDP/B-J-A/BVFO